

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Handlungsalternativen zur Minderung der Auswirkungen der sozialen und ethnischen Segregation auf die halleschen Grundschulen zu prüfen und durch einen interkommunalen Vergleich sowie Austausch mit dem Bildungsministerium alternative Lösungen und Handlungsoptionen zu prüfen und da heraus Handlungsoptionen aufzuzeigen, die in der Stadt Halle umsetzbar sind und das Ergebnis dem Stadtrat schnellstmöglich vorzulegen. Dabei sind Möglichkeiten zur strategischen Anpassung der Schulbezirke zu prüfen.
 - a. **Ziele sollen u.a. eine gleichmäßigere Verteilung von Grundschulern mit unzureichender deutscher Sprachkompetenz und von Kindern unterschiedlicher sozioökonomischer Herkunft auf die Grundschulen im Stadtgebiet sein.**
 - b. Hinsichtlich möglicher Anpassungen der Schulbezirke, bei Überschreitung einer Obergrenze für Kinder mit geringer Sprachkompetenz (Deutsch) oder über individuelle Anträge der Eltern, beispielsweise bei einer hohen Quote zur Sprachförderung an Grundschulen, sollen auch Alternativen geprüft werden, die zu einer vertretbaren Überschreitung einer Schulweglänge von 2.000 m führen würden bzw. führen könnten.
 - c. Für jede Handlungsoption sind die jeweiligen Vor- und Nachteile, zur Umsetzung erforderliche Beschlüsse sowie etwaige Kosten darzustellen.
2. Der Bildungsausschuss ist fortlaufend, mindestens jedoch alle zwei Monate, über den Stand der Erarbeitung zu informieren.